

der Europäischen Union dürften ja viel eher in die Reichweite nuklearer Sprengköpfe geraten, die eventuell aus dem Orient abgefeuert würden, als das durch die Weiten der Ozeane geschützte Amerika.

Die Deutschen sollten endlich begreifen, dass im Extremfall nicht die perfektionistischen Abwehrsysteme glaubwürdigen Schutz gegen die nukleare Bedrohung durch blindwütige Feindstaaten bieten, sondern – in Ermangelung eines kontinentalen Konsens – die nationale Verfügung über eine eigene atomare Abschreckung. Frankreich hat aus dieser Erkenntnis mit der Schaffung seiner „Force de dissuasion“ längst die Konsequenz gezogen. Im Deutschen Bundestag, wo schon die zivile Nutzung der Kernenergie mehrheitlich verworfen wird, würde die Erwähnung eines ähnlichen Projektes einen Orkan der Entrüstung auslösen. Die Zeiten, da unter Kohl und Mitterrand – bei aller Loyalität gegenüber Washington – über eine enge militärische Symbiose zwischen Deutschland und Frankreich beraten wurde, gehören offenbar der Vergangenheit an. Einer Kanzlerin, die in der Uckermark beheimatet ist, kann man schwerlich „karolingische“ Visionen zumuten. In Paris wiederum ist den Epigonen de Gaulles der Sinn für die „grande“ des Abendlandes abhanden gekommen.

Seit George W. Bush und seine neokonservative Umgebung trotz gelegentlicher Beschwichtigung an die europäische Adresse am Unilateralismus der US-Politik festhalten und die wirklich relevanten Staaten sich frei nach Nietzsche als „kälteste aller Ungeheuer“ zu erkennen geben, wirken die Beteuerungen von Nibelungentreue, wie sie aus dem Berliner Reichstag über den Atlantik klingen, naiv und unzeitgemäß. Wer kann es übrigens Wladimir Putin verübeln, dass er den Aufbau neuer Lenk Waffenstellungen an seiner Westgrenze, die mit einem von Warschau geschürten „Drang nach Osten“ der Nato und der EU einhergeht, als Provokation empfindet und adäquate Gegenmaßnahmen trifft. Hat bei den patentierten Kreml-Kritikern jemand bedacht, wie wohl die amerikanische Öffentlichkeit reagieren würde, wenn russische Ingenieure ihre Raketensysteme – unter welchem Vorwand auch immer – in Venezuela, Nicaragua oder gar Kuba einbetonierten?

HIER OFFENBART SICH ein grundlegendes Dilemma der aktuellen deutschen Außenpolitik. Wie soll eine diplomatische Leitlinie für 27 Mitgliedstaaten der EU getroffen werden, wenn die osteuropäischen Beitrittsländer weit mehr auf Washington als auf Brüssel ausgerichtet sind. Die Konvergenz zwischen

Deutschland und Russland, die – unabhängig von Schröder und Putin – einer historischen Tradition und vor allem einer zwingenden ökonomisch-industriellen Komplementarität entspricht, stößt somit auf das Misstrauen der Vereinigten Staaten einerseits, die sich einer Verselbstständigung Berlins von der exklusiven atlantischen Einbindung diskret, aber nachhaltig entgegenstemmen, sowie andererseits auf die offene Kritik der ehemaligen Sowjetsatelliten, denen die Annäherung zwischen Berlin und Moskau, beziehungsweise St. Petersburg, allzu oft zum historischen Verhängnis wurde. Kein Wunder, dass das Interesse Osteuropas an der Europäischen Union sich im

Allzu viele Berliner Parlamentarier verweigern sich der Einsicht, dass der Krieg im Irak bereits verloren ist

Wesentlichen auf die Überwindung bestehender finanzieller Engpässe und die Verheißung ökonomischer Prosperität beschränkt. Machtpolitik, wie es die Stunde erheischen würde, unter gemeinsamer Einflussnahme auf die globalen Entwicklungen lässt sich mit einem so bunt karierten Haufen nicht bewirken.

Seit dem Debakel von Bagdad, an dem gemessen die US-Niederlage in Vietnam rückblickend als Episode erscheint, drängt sich der Zweifel an der Fähigkeit Amerikas auf, den Herausforderungen des „asymmetrischen Krieges“, der globalen Auseinandersetzung mit den verzettelten Brandherden der islamischen Revolution erfolgreich zu begegnen. So wie die US-Army in Falludscha hat ja auch die israelische „Zahal“ im Südlibanon feststellen müssen, dass alle technologischen Wunder der modernen Rüstungsindustrie gegen einen taktisch perfektionierten Kampf ihre Wirkung verfehlen, dass jegliche Verwüstungen und „Kollateralschäden“ angerichtet werden. Es wäre überdies an der Zeit, dass die deutsche Regierung, als treuer und aufrechter Verbündeter, auf gewisse unverantwortliche Husarenritte der Bush-Regierung aufmerksam machen würde. Während man auf Capitol Hill verzweifelt nach einem halbwegs ehrenhaften Ausweg aus dem irakischen „quagmire“ sucht, bricht das Pentagon den Raketestreit mit Russland vom Zaun, hält Vizepräsident Dick Cheney Brandreden gegen die angeblich weltbedrohende Aufrüstung Chinas. Präsident Bush fegte die überaus vernünftigen Vorschläge der Baker-Hamil

Anzeige

45

Mutter, Sozialistin und Präsidentin?

Als erste Frau hat Ségolène Royal die Chance, in den Pariser Elysée-Palast, das Zentrum der Macht, einzuziehen. Ein Porträt von Frankreichkenner Heiko Engelkes.



aufbau 
AUFBAU VERLAGSGRUPPE

Heiko Engelkes
Ségolène Royal
Eine Frau auf dem Weg zur Macht
Mit 13 Abb. 156 Seiten. Broschur
ISBN 978-3-351-02648-6. € 12,95

Jetzt im Buchhandel oder unter www.aufbauverlagsgruppe.de